

Presseinformation

Kiel, den 24. März 2011

Es gilt das gesprochene Wort

Anke Spoorendonk

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

TOP 14, 30 Ausreichend Studienanfängerplätze sicherstellen und Strukturen für zusätzliche StudienanfängerInnen schaffen

Drs. 17/1338, 1372

Der erste Hochschulpakt war für die schleswig-holsteinischen Universitäten und Fachhochschulen genau wie im restlichen Deutschland ein voller Erfolg. Bis 2010 sollten 3.970 zusätzliche Studienanfänger hier im Land aufgenommen werden. Die Hochschulen haben dieses Ziel um 4% überschritten und sogar 4.128 neue Plätze geschaffen. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass vor allem die Fachhochschulen vom Hochschulpakt I profitiert haben. Es gibt Universitäten, wie zum Beispiel die Flensburger, die die Zielzahlen nicht erreicht haben und somit von dieser zusätzlichen Finanzquelle abgeschnitten sind.

Dass es von 2011 bis 2015 einen zweiten Hochschulpakt gibt, ist eine logische und sinnvolle Konsequenz aus der nach wie vor steigenden Nachfrage nach Studienplätzen. In Schleswig-Holstein geht es um insgesamt 9.687 neue Plätze, die durch Land und Bund bis 2015 finanziert werden sollen. Uns allen liegt die Idee der Landesregierung, die schleswig-holsteinischen Plätze an andere Bundesländer zu verschachern, wahrscheinlich noch schwer im Magen. Für das Land Schleswig-Holstein als Wissenschaftsstandort war diese Idee mehr als peinlich. Der Bund

musste schon eingreifen, um die Medizin-Studiengänge an der Uni Lübeck zu retten. Und anschließend signalisiert die schwarz-gelbe Landesregierung auch noch, dass für zusätzliche Studienanfänger kein Geld da ist und an hochqualifizierten Fachkräften im Land damit auch kein Interesse besteht. Mit anderen Worten, der Ruf des Wissenslandes Schleswig-Holstein wurde nicht nur lächerlich gemacht, sondern auch beschädigt.

Die Landesregierung hat die Finanzierung der ersten zwei Jahre des Hochschulpaktes II im Doppelhaushalt verankert. 33,4 Millionen Euro sollen in 2011 für 2.192 und in 2012 für 2.082 neue Studienplätze ausgegeben werden. Dies ist viel Geld. Aber es ist wenig Geld, wenn man sich vor Augen hält, wie schlecht die finanzielle Ausstattung der schleswig-holsteinischen Hochschulen ist. Und ich möchte diesen Beschluss auch nicht allzu hochjubeln, weil die Finanzierung der letzten drei Jahre des Hochschulpaktes noch nicht gesichert ist, sondern erneut unter Berücksichtigung des Konsolidierungspfades beraten wird. Anscheinend hat die schwarz-gelbe Landesregierung immer noch nicht verstanden, dass sich Investitionen in Bildung rentieren und die Zukunft unseres Landes ausmachen.

Dementsprechend muss die Landesregierung dringend auf die Aussetzung der Wehrpflicht reagieren. Der SSW begrüßt ganz ausdrücklich, dass die Gemeinsame Wissenschaftsministerkonferenz Anfang dieser Woche eine Erhöhung der zusätzlichen Studienanfängerzahlen im Hochschulpakt II beschlossen hat und damit auf die Aussetzung der Wehrpflicht reagiert. Es wird mit 45.000 bis 59.000 zusätzlichen Studienanfängern in den nächsten fünf Jahren gerechnet, die der Bund mit 1,2 bis 1,5 Milliarden Euro teilfinanzieren wird. Die andere Hälfte der Finanzierung muss allerdings von den Ländern kommen.

Da die schleswig-holsteinische Landesregierung schon versucht hat, die bisherigen Studienplätze aus dem Hochschulpakt II an andere Bundesländer zu verschachern, bleibt abzuwarten, wie mit den jetzt zusätzlich beschlossenen Plätzen umgegangen wird und ob diese finanziert werden. Wenn in den nächsten zwei Jahren zwischen 400 und 700 zusätzliche

Studierwillige an die Türen der schleswig-holsteinischen Hochschulen klopfen, kann der Numerus Clausus aber nicht die einzige Antwort der Hochschulen sein.

Deutschland nimmt im internationalen Vergleich immer noch zu wenig junge Menschen ins Studium auf. Und auch die Bildungsausgaben sind im Vergleich gering. Es glaubt wohl niemand mehr daran, dass Bund und Länder ihre Ausgaben für Bildung auf 10% des BIP erhöhen werden. Vorbildländer wie Korea und Dänemark liegen bei 7% - alleine diese zu erreichen, käme in Deutschland schon einem Wunder gleich. Die Landesregierung hat jetzt die Möglichkeit, ein deutliches Signal zu setzen und den jungen Menschen dieses Land eine Hochschulausbildung zu sichern. Spätestens 2016 werden mit den doppelten Abiturjahrgängen nämlich wieder neue Herausforderungen auf uns zukommen.